

Westen jedoch seine destruktive Linie aufgeben und die legitimen Interessen der Sowjetunion sowie der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages berücksichtigen. Somit liegt es an den USA und ihren NATO-Verbündeten.

Zu einer Verringerung der nuklearen Konfrontation in Europa würde die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen in verschiedenen Gebieten des Kontinents beitragen. Die DDR und die UdSSR verhalten sich positiv zur Initiative der Regierung Schwedens, auf dem europäischen Kontinent eine von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu schaffen. Sie sind bereit, an diesbezüglichen Verhandlungen teilzunehmen. Die sowjetische Seite begrüßte das Einverständnis der DDR, für die vorgeschlagene Zone ihr gesamtes Territorium unter Beachtung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit im Verhältnis zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO zur Verfügung zu stellen.

Bei der Erörterung weiterer Fragen der Festigung des Friedens in Europa betonten die Seiten, daß sie beabsichtigen, an dem prinzipiellen Kurs zur Fortsetzung und Entwicklung des mit der Gesamteuropäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit eingeleiteten Prozesses und zur Verwirklichung der Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki konsequent festzuhalten. Die DDR und die UdSSR treten gegen alle Versuche auf, die Arbeit des Madrider Treffens zu verschleppen oder gar zu blockieren. Sie setzen sich dafür ein, das Treffen in allernächster Zeit mit einem inhaltsreichen und ausgewogenen Schlußdokument, einschließlich eines Beschlusses über die Einberufung einer Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, erfolgreich abzuschließen. Es wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß auch alle anderen Teilnehmer des Madrider Forums ein gleiches Interesse für einen positiven Ausgang des Treffens zeigen.

Grundlage für gegenseitiges Verständnis, Vertrauen und Zusammenarbeit in Europa sind die unbedingte Achtung der bestehenden politisch-territorialen Realitäten und die strikte Einhaltung der darauf beruhenden Verträge der Sowjetunion, der DDR, der VR Polen und der CSSR mit der Bundesrepublik Deutschland sowie des Vierseitigen Abkommens über Westberlin. In diesem Zusammenhang wurde Beunruhigung über die Wiederbelebung revanchistischer Tendenzen in den reaktionären Kreisen der BRD geäußert. Die DDR und die UdSSR werden - so wie bisher - auch künftig derartigen Tendenzen eine entschiedene Abfuhr erteilen. Auf entschlossenen Widerstand werden auch alle Versuche stoßen, die souveränen Rechte der DDR zu beeinträchtigen und sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen.

Es wurde erneut auf die Gefahren verwiesen, die von der unmäßig hohen Konzentration von Truppen und konventionellen Waffen in Mitteleuropa für den europäischen Frieden ausgehen. Die DDR und die UdSSR sind überzeugt, daß es die von ihnen gemeinsam mit der VRP und der CSSR am 17. Februar die-